

Über die Gewissensfreiheit der Abgeordneten

In einer Zeit, wo die deutsche Demokratie durch ideologischen Druck wieder einmal in Gefahr gerät und mehr und mehr Abgeordnete in Gewissensnot geraten, gemahnt Professor Dr. Ludwig Erhard an die im Grundgesetz verankerte Gewissensfreiheit des Parlamentariers.

Solange sich unsere rechtsstaatliche Ordnung nicht in Teile auflöst und die Demokratisierung die Demokratie nicht zerstört hat, bleibt das Grundgesetz in Kraft, das in Art. 38 Abs. 1 also lautet:

„Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“.

Das hört sich gut an und würde wohl auch einem demokratischen Ideal gleichkommen, wenn wir — gleich ob Wähler oder Gewählte — alle Engel wären. Trotzdem ist wohl nicht zu zweifeln, daß sich über alle Parteien hinweg die Väter des Grundgesetzes etwas dabei dachten, als sie diese nach praktischer Erfahrung schier unerfüllbare Forderung nach Art. 38 erhoben, aber doch kaum erahnen konnten, wie oft und grundsätzlich jene These einmal zu der sog. Fraktions-Disziplin in Widerstreit geraten kann bzw. der einzelne Abgeordnete dem Druck von Interessen ausgesetzt ist. Wie soll er sich „als Vertreter des ganzen Volkes“ fühlen, wenn in einem übergeordneten Sinn bereits die Parteien bestimmte Wählerschichten als ihnen zugehörig betrachten und behandeln. Allein dieser Widerspruch ist unauflösbar; — es sei denn, man wage den frivolen Vergleich mit den Zehn Geboten Gottes, gegen die bekanntlich ebenfalls ungestraft gesündigt wird.

Von größerer Bedeutung und praktisch näherliegend ist aber die Frage, ob ein von einer Partei aufgestellter und gewählter Abgeordneter etwa seines Mandates überhaupt verlustig gehen soll oder vielleicht sogar muß, wenn er es nicht mehr mit seinem Gewissen vereinbaren kann — so wie ihm das Grundgesetz zu handeln gebietet — sich einer während einer Legislaturperiode verändernden Parteiauffassung zu beugen. Im Zweifelsfall sind das sogar aufrechte Abgeordnete, die ihre politische Heimat dann in einer anderen Partei erkennen und es am wenigsten verdienen, ob ihrer Gewissensentscheidung getadelt oder gar geschmäht zu werden. Einem Abgeordneten schriftliche ehrenwörtliche Erklärungen abzuverlangen, daß er in dem besagten Fall aus dem Bundestag ausscheiden müßte, dürfte mit dem Geist des Grundgesetzes kaum zu vereinbaren sein.

Es sei zugegeben, daß eine Partei von einem von ihr erkorenen Kandidaten zum Bundestag erwarten kann, daß er sich im Grundsatz zu ihrem Programm bekennt. Aus diesem Grunde wird der Fall eines Aus- oder Übertritts immer nur dann aktuell werden, wenn sich offenkundig die Frage stellt, wer wen verraten hat. Die eingerissene Übung, diejenigen Verräter zu nennen, die aus Gesinnung und Überzeugung handeln, ist in jedem Falle verdammenswert.

Das deutsche Volk weiß und spürt es doch, wie alle Parteien um ihren Standort ringen und darum

(Fortsetzung auf Seite 8)

Kritik am Langzeitprogramm auf den SPD-Regionalparteitagen

SPD-Unterbezirksparteitag Bremen 17./18. 2. 1973

Allgemeine Kritik (u. a. an Gesellschafts- ordnung, Rolle des Staates)

Fehlen einer Analyse der ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Zustände in der Bundesrepublik Deutschland.

Wirtschaft (Marktwirtschaft)

Absage an die private Verfügungsgewalt über Produktivvermögen; öffentliche Kontrolle zur Verhinderung des Machtmißbrauchs.

Ordnungspolitik (Wettbewerb)

Forderung nach stärkerer Fusionskontrolle, verschärftem Wettbewerb, Einschränkung der Werbung, verbessertem Verbraucherschutz.

Eigentum

Beschluß, das volle Eigentum an Grund und Boden langfristig abzuschaffen.

Lebensqualität

Wachstum um jeden Preis wird zugunsten der Erhöhung der Lebensqualität abgelehnt.

(Fortsetzung von Seite 7)

steht es diesen allen schlecht an, zu frohlocken, wenn sie Zwietracht in anderen Lagern zu erkennen glauben. Gerade darin wird doch noch etwas von dem wahren Wesen einer Demokratie sichtbar, daß man sich zusammenraufen versucht, ohne verschweigen zu wollen oder verschweigen zu müssen, daß selbst innerhalb einer Fraktion Meinungsunterschiede bestehen. Dieser Augenblick ist im besonderen zu dieser Feststellung geeignet. Ich spreche an dieser Stelle bewußt keine Partei an, wenn ich trotzdem feststellen zu dürfen glaube, daß gerade jene Parteien nach außen am geschlossensten erscheinen möchten, die am meisten unter innerer Zerrissenheit leiden.

Das primitiv oberflächliche Urteil mancher Gruppen, diesen oder jenen Abgeordneten nach seiner

Gesinnung gesellschaftspolitisch klassifizieren zu wollen, widerspricht auch wieder dem Geist des Grundgesetzes; — allerdings müßte sich derjenige als befangen erklären, der in bezahlten Diensten einer Gruppe einseitig nur deren durchsichtige Interessen vertritt. Wie heißt es doch: „jeder Abgeordnete ist Vertreter des ganzen Volkes!“ Keineswegs sei dem Abgeordneten bestritten, seine Meinung frei zu äußern und um Gesinnungsgenossen zu werben, solange er sich der Androhung politischer Repressalien enthält oder nicht gar die Öffentlichkeit wider den Gegner zu mobilisieren sucht. Ebenso darf nicht unwidersprochen hingenommen werden, wenn soziale oder gesellschaftliche Kräfte ihre Macht dazu mißbrauchen möchten, bestimmte Parteien oder den Bundestag insgesamt unter Druck zu setzen. **Der Staat zerstört sich selbst, wenn er Gruppeninteressen gleich welcher Art hörig wird.**

**Außerordentlicher
SPD-Unterbezirksparteitag
Osnabrück
17./18. 2. 1973**

Allgemeine Kritik (u. a. an Gesellschaftsordnung, Rolle des Staates)

Fehlen einer Analyse der bestehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse.

Wirtschaft (Marktwirtschaft)

Die Verwirklichung des Godesberger Grundsatzprogramms darf nicht abhängig gemacht werden von einer jährlichen Steigerung des Bruttosozialprodukts.

**SPD-Bezirksparteitag Franken
Nürnberg
17./18. 2. 1973**

Allgemeine Kritik (u. a. an Gesellschaftsordnung, Rolle des Staates)

Fehlen einer kritischen Analyse der bestehenden Herrschaftsverhältnisse.

Eigentum

Forderung an die Bundes-SPD, die Vorhaben zum Bodenrecht noch in dieser Legislaturperiode zu verwirklichen.

**SPD-Bezirksparteitag
Braunschweig
Bad Harzburg
24./25. 2. 1973**

Allgemeine Kritik (u. a. an Gesellschaftsordnung, Rolle des Staates)

Forderung nach einer Analyse der politischen, ökonomischen, technischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Bedingungen und Entwicklungstendenzen sowie der Machtstrukturen.

Wirtschaft (Marktwirtschaft)

Prüfung der Möglichkeit der Vergesellschaftung in einzelnen Bereichen.

**SPD-Landesparteitag Berlin
24./25. 2. 1973**

Allgemeine Kritik (u. a. an Gesellschaftsordnung, Rolle des Staates)

Langzeitprogramm nützlicher Diskussionsbeitrag, jedoch Überarbeitung notwendig. Fehlen einer Konkretisierung der Grundwerte des Sozialismus im Langzeitprogramm.

**Außerordentlicher Landesparteitag
Bremen
24./25. 2. 1973**

Allgemeine Kritik (u. a. an Gesellschaftsordnung, Rolle des Staates)

Fehlen einer gründlichen Analyse der Herrschaftsverhältnisse sowie der ökonomischen Widersprüche.

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Süd
Dieburg**

Allgemeine Kritik (u. a. an Gesellschaftsordnung, Rolle des Staates)

Langzeitprogramm enthält keine Bestandsaufnahme und keine konkreten Zielaufgaben.

Wirtschaft (Marktwirtschaft)

Forderung nach verstärkten Lenkungsmaßnahmen des Staates bei Investition und Produktion. Investitionsentscheidungen sind künftig stärker am Maßstab des sozialen Nutzens zu orientieren.

Ordnungspolitik (Wettbewerb)

Zeitlich befristete Produktionsauflagen bei Gefährdung des Wettbewerbs durch Monopole.

Mitbestimmung

Verfügungsgewalt über die in den großen Unternehmen organisierten Produktionskräfte muß durch die Faktoren Arbeit und Kapital gleichberechtigt ausgeübt werden.

Eigentum

Forderung nach Neuordnung des Bodenrechts anstelle der Pläne der SPD zur Vermögensbildung.

SPD-Unterbezirksparteitag Düsseldorf 24./25. 2. 1973

Allgemeine Kritik (u. a. an Gesellschaftsordnung, Rolle des Staates)

Absetzung des Langzeitprogramms und neue Diskussion gefordert.

Landesparteitag Schleswig-Holstein Eckernförde 24./25. 2. 1973

Allgemeine Kritik (u. a. an Gesellschaftsordnung, Rolle des Staates)

Fehlen einer Analyse der Gesellschaft; unvollkommene Darstellung der Grundwerte des demokratischen Sozialismus; keine Begründung von politischen Prioritäten (Forderung nach einer neuen Langzeitkommission).

SPD-Bezirksparteitag westliches Westfalen, Gelsenkirchen 24./25. 2. 1973

Allgemeine Kritik (u. a. an Gesellschaftsordnung, Rolle des Staates)

Langzeitprogramm in den gesellschaftspolitischen Analysen und Zielprojektierungen unzureichend; Überarbeitung gefordert; zur Verabschiedung eines neuen Entwurfs außerordentlicher Parteitag notwendig.

Wirtschaft (Marktwirtschaft)

Forderung, den Wohnungsbau langfristig aus der Marktwirtschaft herauszunehmen, weil sich nur damit die Überwälzung der Bodenwertzuwachsteuer auf die Mieten und Kapitalisierungseffekte vermeiden lassen.

Eigentum

Forderung nach stärkerer Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen durch Schaffung von Beteiligungsfonds.

SPD-Landesparteitag Hamburg 24./25. 2. 1973

Allgemeine Kritik (u. a. an Gesellschaftsordnung, Rolle des Staates)

Neue Kommission zur Überarbeitung des Langzeitprogramms gefordert.

Eigentum

Kommunalisierung des Grund und Bodens in Ballungs- und Verdichtungsgebieten gefordert.

Außerordentlicher SPD-Bezirksparteitag Niedersachsen Jork 24./25. 2. 1973

Allgemeine Kritik (u. a. an Gesellschaftsordnung, Rolle des Staates)

Ablehnung des Langzeitprogramms wegen fehlender Analyse der Machtverhältnisse.

SPD-Landesparteitag Bayern München 24./25. 2. 1973

Allgemeine Kritik (u. a. an Gesellschaftsordnung, Rolle des Staates)

Fehlen einer Analyse, deshalb in der Zielprojektion in erheblichem Umfang ergänzungs- und veränderungswürdig.

Wirtschaft (Marktwirtschaft)

Forderung nach Ausrichtung der Produktion an den Bedürfnissen der Bevölkerung. Macht der Großwirtschaft müsse gebändigt werden.

Mitbestimmung

Forderung nach Durchsetzung der qualifizierten Mitbestimmung in Großbetrieben.